

Presseinformation

Wohnungskrise in Frechen spitzt sich zu.

Das Bündnis „Wir wollen wohnen!“ und der Sozialdienst Katholischer Männer für den Rhein-Erft-Kreis e.V. fordern eine soziale Wohnungspolitik in den Kommunen.

Frechen, 27.08.2025 | Bezahlbares Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit, auch in Frechen. Doch die Mieten steigen, Sozialwohnungen verschwinden, und Menschen mit geringem Einkommen werden verdrängt. Seit 2021 sind die Mieten in Frechen um 20 Prozent gestiegen, wie Zahlen der Empirica Preisdatenbank zeigen. Zudem liegt die Leerstandsquote mit 0,98 Prozent unter den von Fachleuten empfohlenen 3 Prozent, was auf einen angespannten Wohnungsmarkt hindeutet. Dass sich die Lage ohne entschlossenes politisches Handeln weiter verschärfen wird, zeigt eine Studie der NRW.Bank: Hiernach fallen bis 2030 62,2 Prozent der Sozialwohnungen in Frechen aus der Preisbindung und können dann zu Marktpreisen vermietet werden.

„Das Thema Wohnen gehört ganz oben auf die kommunalpolitische Agenda“, betont der Sozialdienst Katholischer Männer für den Rhein-Erft-Kreis e. V. (SKM). „Wer zur Kommunalwahl antritt, muss sagen, wie er oder sie bezahlbares Wohnen sichern will und kann nicht nur auf Bund und Land verweisen. Alle politischen Ebenen können und müssen ihren Beitrag für bezahlbares Wohnen leisten.“

Zwar sind Bund und Länder für das Mietrecht und die Finanzierung der sozialen Wohnraumförderung verantwortlich, doch auch die Kommune verfügt über Instrumente eine soziale Wohnungspolitik zu stärken.

„Eine wichtige Stellschraube für eine soziale kommunale Wohnungspolitik sind die Wohnungsbaugesellschaften. Der öffentliche Wohnungsbau muss ausgeweitet werden und soll allein der Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum dienen. Zudem kann die Kommune bei Neubauprojekten Vorgaben zum Anteil von Sozialwohnungen machen. Eine Quote von 50 Prozent (*und nicht nur 30%*) ist notwendig, da in den kommenden Jahren viele Sozialwohnungen aus der Preisbindung fallen“, so der SKM.

„Ziel kommunaler Wohnungspolitik muss eine barrierefreie Quartiersentwicklung sein. So können Menschen mit Mobilitätseinschränkungen oder Sinnesbehinderungen lange in der eigenen Wohnung und im vertrauten Wohnumfeld leben,“ fordert der SKM.

„Zu uns kommen immer mehr Menschen, die mit ihren Wohnkosten überfordert sind. Wir brauchen die Stärkung der Fachberatung zur Vermeidung und zum Abbau von Wohnungslosigkeit. Der Verlust der Wohnung ist für die Betroffenen eine Katastrophe. Präventiv Wohnungsverluste zu vermeiden, ist daher erstes Mittel der Wahl. Falls das nicht möglich ist, schnell eine neue Wohnung zu beschaffen braucht es ein strukturiertes Angebot sowohl in Frechen als auch im gesamten Rhein-Erft-Kreis. Die Landesinitiative „Endlich ein

Zuhause“ bietet beides erfolgreich. Wir sehen den nächsten Stadtrat/Kreistag in der Pflicht, das Angebot nachhaltig im kommunalen Haushalt zu verankern. Falls das nicht gelingt, fällt dieses Angebot ersatzlos weg. Eine Lücke die von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen direkt trifft“, erläutert der SKM. Betroffene, deren Wohnung nicht gesichert werden kann, werden meist in einer Notunterkunft untergebracht. Die Statistik der letzten Jahre verdeutlicht die Notwendigkeit der frühen Intervention durch Prävention!

Seit 2020 ist die Anzahl wohnungsloser Menschen im Rhein-Erft-Kreis um 255 % von 1.418 Personen auf 3.615 Personen gestiegen. Hiervon waren 2024 3.365 Personen von den Kommunen in Notunterkünften untergebracht und 250 Personen gänzlich ohne Wohnraum. (Quelle: Integrierte Wohnungsnotfallberichterstattung NRW / Stand: 30.06.2024)

„Durch die hohen Wohnkosten haben Beschäftigte Probleme eine bezahlbare Wohnung in der Nähe ihrer Arbeitsstelle zu finden. Das führt zu erhöhtem Verkehrsaufkommen und Unternehmen haben Schwierigkeiten, Fachkräfte anzuwerben. Eine soziale Wohnungspolitik entlastet die Verkehrsinfrastruktur und ist Teil kommunaler Wirtschaftsförderung. Diese Zusammenhänge müssen bei kommunalen Investitionsentscheidungen mitgedacht werden. Ferner fällt es den Menschen schwer ihrer Beschäftigung weiter nachzugehen, wenn sie sich durch Wohnungsverlust in prekären Wohnsituationen mit Mehrbettzimmern in Notunterkünften wiederfinden,“ betont der SKM.

In 2024 wurden von den Fachdiensten der Wohnungsnotfallhilfe des SKM neben insgesamt 1.402 wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen persönlich beraten und betreut. Zusätzlich fanden 1.260 anonyme Beratungen per Telefon oder email statt.

Um die Dringlichkeit einer sozialen kommunalen Wohnungspolitik zu betonen, werden wir das Thema auf die Straße bringen.

Wir laden am Freitag, dem 29. August 2025 **8 -12Uhr** in die Frechener Fußgängerzone zu unserem Aktions-Stand ein.

Hintergrund:

Die Mietsteigerungen beziehen sich auf die Angebotsmieten. Sie sind ein Indikator für die Preisdynamik des Mietwohnungsmarktes und spiegeln die aktuelle Marktlage wider. Stark steigende Angebotsmieten erschweren Umzüge und Mobilität; sie führen dazu, dass Menschen weite Pendelwege zur Arbeit zurücklegen und / oder in Wohnungen bleiben, die nicht zu ihrer Lebenssituation passen.

Mit Leerstand ist hier der marktaktive Leerstand gemeint. Das bedeutet, dass diese Wohnungen innerhalb von drei Monaten bezugsfertig sind. Eine Leerstandsquote von etwa 3 Prozent wird als Indikator eines „gesunden Wohnungsmarktes“ gesehen. Schon geringe Abweichungen nach unten erhöhen den Konkurrenzdruck bei der Wohnungssuche. Besonders für Menschen mit wenig Einkommen oder ohne festen Wohnsitz verschärft das die Situation erheblich. Die Zahlen sind den neuesten Zensusdaten von 2022 entnommen.

Die Angaben zum Sozialwohnungsbestand beziehen sich auf den Zeitraum von 2024 bis 2030. In vielen Fällen werden weniger Sozialwohnungen gebaut als aus der Bindung fallen, weswegen der Bestand weiter abnimmt.

Pressekontakt

Dominik Schmitz

Abteilungsleitung Wohnungsnotfallhilfe

Ernst-Heinrich-Geist-Straße 9-11

50226 Frechen

02234 37947-11

wohnungsnotfallhilfe@skm-rek.de

Das NRW-Aktionsbündnis „Wir wollen wohnen!“ ist ein Zusammenschluss bestehend aus Deutscher Mieterbund NRW e.V., Deutscher Gewerkschaftsbund NRW, Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW e.V., Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeiterwohlfahrt NRW, Caritas in NRW, Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e.V., Sozialverband Deutschland NRW e.V., Sozialverband VdK NRW e.V. Wir setzen uns ein für den Erhalt und den Ausbau des Mieterschutzes in NRW und für die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum.

